

Berlin, Donnerstag,

Die Zeitung erscheint in der Woche zweifach.

Bezugs-Preis:

Wierteljährlich für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Postlohn, für ganz Deutschland 9 Mk. Oesterreich 10 Kr. 82 Heli., Rußland 4 Rub. 55 Kop., Holland 7 Gld. 50 Gts.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweden, Amerika usw. Preisband-Erhebung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen für England in London bei Messrs. Siegle 30 Rine Street E.C. und Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen Verhandlungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Diebstahlslisten der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungsstabellen mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 50 Pf. Restamteil 1 Mk.

Fernsprecher:

Amt 1, Nr. 243.

Telegramm-Adresse: Börzentrone.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

Vom Tage.

Der Kaiser erteilte gestern die Ermächtigung, das der Geheimrat betreffend die Abänderung der Vorschriften über die Wahlen zum Preussischen Abgeordnetenhaus dem Landtage vorgelegt werde.

Die russische Reichsduma sprach sich für die Notwendigkeit eines Gesetzes aus, demzufolge die administrative Verchtigung von Personen, die die Sicherheit des Staates gefährden, eingestellt wird.

Dem schwedischen Reichstage ging die Vorlage betreffend Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages zu.

Gestern ist die Session der griechischen Kammer geschlossen worden. Die außerordentliche Session ist auf den 14. Februar anberaumt.

Wahlreform und Zentrum.

Der Schleier vor dem Bilde, auf dessen Aussehen jedermann im preussischen Landtage und nicht minder die Massen im Lande gespannt sind, soll nun also wirklich noch in dieser Woche fallen. Wenigstens heißt es so. Spätestens Ende der Woche soll die Wahlreformvorlage zu erwarten sein und der Kampf darum losgehen. Denn ein Kampf, und noch dazu ein sehr heisser, wird sich darum entspinnen, gleichviel wie die Vorschläge lauten werden, auf die man sich im Staatsministerium geneigt hat. Soviel steht schon jetzt fest, daß sie den einen nicht weit genug, den anderen, so da auf den Wanken rechts sitzen, zu weit gehen werden. Und weiter steht fest und bedarf es keines hellsehenden Propheten mehr, daß es vor allem die Frage der Geheimwahl sein dürfte, die im Mittelpunkt der Kämpfe stehen wird. Und endlich ist es ebenso sicher wie das Auser in der Kirche, daß, wie leider stets und überall seit langen Jahren — im Landtage ohne Ausnahme und im Reichstage mit der alleinigen kurzfristigen Ausnahme der Wochperiode — wiederum das Zentrum es ist, von dem die letzte Entscheidung abhängen wird.

Wie das Zentrum grundtätig zu der Frage der geheimen Stimmabgabe steht, darüber sollte eigentlich ein Zweifel nach alledem, was Führer und Presse dieser Partei darüber öffentlich geäußert haben, nicht obwalten. Das Zentrum hat ja auch im Grunde genommen am allerwenigsten von allen Parteien Anlaß, in der öffentlichen Stimmabgabe einen so durchaus unentbehrlichen Faktor seiner Machtsstellung zu erblicken, daß es sich um deswillen einer jedweder unbenutzen Kontrolle entzogenen Wahl durch Stimmzettel widerlegen müßte. Vermöge des geistlichen Einflusses, den das Zentrum mit unübertrefflicher Geschicklichkeit zu handhaben weiß — die Wahlpriüfungsaften des Reichstages enthalten dafür mehr noch als die Landtages die unüberleglichen Beweise —, vermöge der Einwirkung von Kanzel und Altar aus und im Reichstuhle auf die katholischen Massen hat diese Partei auch im Zeichen der Geheimwahl, wie sie im Reiche vorgeführt ist, anbauender Erfolge erzielt. Erfolge, wie sie auch nur ähnlich keine andere der bürgerlichen Parteien zu erlangen imstande war. Keine andere Partei kann sich rühmen, im Reichstage über eine so große Anzahl gegen jeden Ansturm gesicherter Sitze zu verfügen, wie das Zentrum. Die Wahlorganisation, die es in den Scharen geistlicher Wahlmänner besitzt, macht jede Angst vor der geheimen Stimmabgabe hinfällig.

Wie sehr sich das Zentrum dessen bewußt ist, und wie wenig es deshalb diesen Wahlmodus fürchtet, hat erst unlängst wieder die — allerdings vielleicht mehr gemachte als natürliche Entziehung beweisen, der das leitende Organ der Partei am Rhein, die

„Köln. Volksztg.“, durch eine an die Adresse des Bundesrats gerichtete geharnschte Anklage Ausdruck verliehen hat. Das liberale Blatt beschwerte sich, an und für sich ja mit Recht, bitter darüber, daß die vom Reichstage schon vor einigen Jahren angenommenen Anträge auf verstärkte Maßnahmen zur Sicherung des Wahlgeheimnisses noch immer unerledigt beim Bundesrat liegen. Aus der ganzen Art und Weise, wie die Sache im Bundesrat behandelt werde, schiene hervorzugehen, daß die Reichsregierung sich aus der geheimen Wahl zum Reichstage gar nichts mache. Und es sei Zeit, daß die Vertreter des deutschen Volkes mit Nachdruck darauf bestanden, daß der von ihnen gefasste Beschluß zur Sicherung des Wahlgeheimnisses noch vor den nächsten Reichstagswahlen erledigt werde. Nachdem jahrelang die Sache hingezogen sei, solle man sich auf weitere Erwägungen nicht mehr einlassen und eine bestimmte Antwort vom Reichskanzler verlangen. Der Reichstagswähler müsse bei den nächsten Wahlen wissen, ob ihm das Wahlgeheimnis gesichert sei oder nicht. Es ist ja natürlich sehr dankenswert, daß es gerade ein so hervorragendes Zentrumorgan ist, das sich so für eine völlige Sicherung des Wahlgeheimnisses ins Zeug legt. Und auch davon kann man durchaus befriedigt sein, daß das Berliner Parteiorgan, die „Germania“, soeben die Erinnerung daran auffrischt, daß erst wieder vor wenigen Wochen Herr Gerold als Staatsredner des Zentrums im Abgeordnetenhaus namens seiner Partei und unter dem Geleite von Bravouristen aus dem Zentrumstreifen erklärt hat: „Wir verlangen eine durchgreifende, einschneidende Aenderung des Wahlrechtes, die unter allen Umständen auch das geheime Wahlrecht sichert.“

Das alles ist wie gesagt sehr dankenswert und schön, und das Zentrum wird sich sicherlich ein großes Verdienst erwerben, wenn es seine mit solchem Eifer verknüpfte platonische Liebe für die Geheimwahl vernünftig mit Erfolg in Taten umsetzt. Auch gegen den Willen der Konservativen im preussischen Landtage! Aber die Zentrumspresse braucht nicht gleich zornig zu werden, wenn ihr von anderer Seite ein „Trau schau wem!“ entgegenkommt und wenn hier oder da daran erinnert wird, daß die Machtsstellung des Zentrums ja nichts weniger als neuen Datums ist und daß bislang die Zentrumspartei bei Wahlrechtfragen in Preußen noch immer dahin geführt hat, daß ein Beschluß zu Gunsten einer Wahlreform überhaupt nicht zustande kam. Auch brauchen die Zentrumsbätter deshalb nicht gleich aus dem Häuschen zu sein, wenn ihnen — wie das jüngst geschah — von einem zweifellos sehr gewiegten alten Parlamentarier in einer Betrachtung über die Wahlrechtsfrage einfach ins Gesicht gesagt wurde, daß es dem Zentrum mit seinem Eintreten für die Geheimwahl ja doch nicht Ernst sei. Herr von Zedlitz-Rentkorn, der Führer der Freikonservativen im Abgeordnetenhaus, hat jedenfalls nicht bloß von fern etwas läuten hören, sondern hat mitnächstlich seine guten Gründe, wenn er in freilich für das Zentrum etwas unangenehm-deutlicher Weise sagt und schreibt: „In der Sache selbst bin ich nachgerade zu der festen Ueberzeugung gelangt, daß das Zentrum dafür sorgen wird, keine den Konservativen unannehmbare Aenderung unseres Wahlrechtes zustande kommen zu lassen. Da die Konservativen die geheime Stimmabgabe für unannehmbar erachten, heißt das mit anderen Worten: das Zentrum wird dafür sorgen, daß die Wahlreform unter Beibehaltung der öffentlichen Stimmabgabe oder gar nicht zustande kommt.“ Einstweilen haben die in der Provinz leidenschaftlich die Wahl gegen diese von Zedlitz'sche Auffassung der Sache erhoben. Das ist ihr gutes Recht. Und namentlich kräftig macht von demselben Gebrauch die „Köln. Volksztg.“, indem sie zu den Anstufungen des Zentrums von Zedlitz inkrinimig schreibt:

„So viele Worte, so viele Entstellungen, die um so unbegreiflicher sind, als doch Frhr. v. Zedlitz erst noch vor wenigen Tagen sich persönlich über die Stellung des Zentrums bei dessen Führer erkundigt hat. Seit Jahren hat das Zentrum im Abgeordnetenhaus die geheime Stimmabgabe gefordert und dafür gestimmt. Das Zentrum hat auch nicht das geringste getan, um bei den Konservativen den Schein zu erwecken, als wolle es ihnen zuliebe auf diese Forderung verzichten. Im Gegenteil! Das Zentrum wird auch bei der Wahlrechtsvorlage so gut wie in der Polenpolitik und in noch vielen anderen Fragen seine Selbstständigkeit wahren, ohne den Konservativen das Preisgeben der ihrigen zuzumuten. Wie sich das Zentrum in den weiteren Punkten zu der Wahlrechtsvorlage der Regierung stellen wird, können wir ebensowenig sagen wie Zedlitz selber, weil wir diese Vorlage noch nicht kennen. Unbedingt wird das Zentrum die geheime Wahl verlangen. Im weiteren wird es mit allem Nachdruck seine alte Forderung des Reichstagswahlrechtes auch für Preußen zu vertreten wissen.“

Das ist sehr erfreulich zu hören. Aber Proteste in bloßen Worten besagen gar nichts. Taten müssen in diesem Falle sprechen. Und wie der Protest in Taten des Zentrums ausfallen wird, das wird man eben abwarten müssen. In etwa einem halben Jahrzehnt, wenn nicht noch etwas früher, wird man ja wissen, woran man ist.

Telegramme.

Darmstadt, 2. Februar. (G. T. C.) Die amtliche Festhaltung des Ergebnisses der gestrigen Bürgerwahlen bestätigt die vorläufig mitgeteilten Resultate, die einen namhaften Erfolg der vereinigten Liberalen auf Kosten des linken Zentrums und damit zugleich einen Protest gegen die Wahlreform von 1906 bedeuten.

Kopenhagen, 2. Februar. (G. T. C.) Der König hat das Abgleichsgeheiß des Verkehrsministers Jensen genehmigt und den Handelsminister Wiemann interimistisch mit der Leitung des Verkehrsministeriums beauftragt.

Stockholm, 2. Februar. (G. T. C.) Die Regierung hat heute im Reichstage eine Gesetzesvorlage betreffend Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages eingebracht.

Paris, 2. Februar. (G. T. C.) Die Deputiertenkammer legte die Beratung des Etats der öffentlichen Arbeiten fort. Im Laufe der Diskussion forderte der Abgeordnete Schmidt den Bau einer Eisenbahn von Saint-Diz nach dem Elsaß. Der Redner legte die Notwendigkeit besserer Verbindungen zwischen Frankreich und dem Elsaß dar; die Verteilung des Landes würde durch die neue Linie nicht gefährdet werden. Minister Millerand erwiderte, die Entscheidung über den Durchbruch der Vogeisen hänge nicht von ihm allein, sondern auch von dem Kriegsminister ab, dem er die Akten unterbreite habe.

Petersburg, 2. Februar. (G. T. C.) Die Reichsduma sprach sich in ihrer heutigen Sitzung, der ersten nach den Wahlmodifikationen, für die Notwendigkeit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes aus, demzufolge die administrative Verchtigung von Personen, die die Sicherheit des Staates und der Gesellschaft gefährden, eingestellt werden soll.

Charbin, 2. Februar. (G. T. C.) Die russischen und die ausländischen Exporteure legten Protest gegen das Verbot der Kornausfuhr aus den Provinzen Kirin und Heilungiang ein. Der Protest war von den Konsuln unterstützt.

Uthen, 2. Februar. (G. T. C.) Die Session der Kammer ist heute geschlossen worden. Die außerordentliche Tagung ist auf den 14. Februar anberaumt.

New-York, 2. Februar. (G. T. C.) [Auf deutschatlantischen Kabel.] Auf die von 32 000 Heizen gestellte Forderung einer Erhöhung um 25 Prozent haben sich sechs Eisenbahnen zu Verhandlungen über diese Forderung bereit erklärt, weitere Forderungen aber bestimmt abgelehnt.